

„Lange aufgeschobene Entscheidung“

Andreas Hubert zur Beschaffung F-35



2

Bundesrat berät
über NSR

5

Manfred Opel zur
Lage Russlands

9

Andreas Hubert
zur Beschaffung
F-35

11

Innovatives
Einsatzmittel für
Polizeikräfte

14

Letzte K130
auf Kiel gelegt

Großer Durst und kleine Gläser

Warum dringend notwendige Entscheidungen für einen deutschen Nationalen Sicherheitsrat in der Wirkungslosigkeit verpuffen könnten

Von Daniel Kromberg

Die Liste der Bedrohungen, die Deutschland und die Welt absehbar nicht mehr loswerden, wird stetig länger. Das COVID-19-Virus, immer heftigere Stürme und Hochwasser, Ressourcenverknappung und nun auch die Infragestellung der friedlichen Koexistenz auf dem europäischen Kontinent. Die Lage verlangt nach neuen, leistungsfähigeren Sicherheitsstrukturen, die vor allem durch die Fähigkeit zu verbesserter, vorausschauender Koordinierung im Inneren wie auch nach außen bereits in die nahe und bis in die ferne Zukunft tragen. Nach Rahmenbedingungen für mehr Strategiefähigkeit und Resilienz von Staatswesen, Infrastruktur und Bevölkerung.

Wie aus informierten Kreisen kolportiert wurde, wird der Bundesrat zum Entschließungsantrag „Für ein Sofortprogramm Ausrüstung und Einsatzbereitschaft – Bundeswehr konsequent auf Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten – Sicherheitsarchitektur reformieren“ beraten und im Nachgang „die Sicherheitsarchitektur“ um einen aufgewerteten Bundessicherheitsrat (BSR) und einen Europäischen Sicherheitsrat ergänzt werden.

Die Idee, dass die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur in einem deutschen Ländergremium entschieden werden könnte, soll hier unkommentiert bleiben. Doch, in der Tat: Gäbe es einen deutschen Nationalen Sicherheitsrat (NSR), ließe sich über Formen vertiefter institutioneller Zusammenarbeit mit anderen obersten Sicherheitsbehörden in Europa reden. Doch das ist mit dem zunächst vielversprechend anmutenden Bundesratsantrag lediglich Zukunftsmusik. Denn der darin skizzierte Bundessicherheitsrat „2.0“ hätte nicht annähernd die Kompetenzen, Befugnisse und Aufgaben, die einen handlungsfähigen NSR ausmachen.

Etikettenschwindel im Taschenformat?

Der laut Bundesratsantrag als „oberste Bundesbehörde mit breitem Koordinierungsauftrag im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes“ zu errichtende Bundessicherheitsrat entpuppt sich schnell als institutionelles Klein-Klein, durchzogen von ressortzentriertem Beharrungsvermögen. Für neue Akteure, etwa aus dem Cyberbereich, findet sich dort kein Platz, denn der Kreis der besser zu vernetzenden Beteiligten beschränkt sich auf Bundesministerien und politische Think Tanks. Wirtschaft, Verbände und ein großer Teil der Forschungs- und Hochschullandschaft etwa bleiben gänzlich außen vor.

Die Entscheidung, die der Bundesrat zugunsten eines Nationalen Sicherheitsrats treffen könnte, greift wahrscheinlich zu kurz.





Die zentrale Analyseeinheit bildet im Modell der Politikwissenschaftlerin Christina Moritz das Herzstück des NSR. Eine solche Einheit sucht man im Beschlussvorschlag des Bundesrats vergeblich.

Zudem erinnert das Konzept der „Verbindungsreferate“ zu Bundesministerien und Ländern in Wortwahl und Begründung auffallend an die Blaupause für einen Nationalen Sicherheitsrat, die die Politologin Christina Moritz bereits im Jahr 2016 vorgestellt und zu mehreren Gelegenheiten im Newsletter Verteidigung skizziert hat (u.a. NV Nr. 32-2020, 50-2020, 06-2021, 08-2021, 20-2021, 28-2021, 35-2021). Ihr Ansatz ist allerdings differenzierter und geht deutlich weiter. Mit einer Kombination aus institutioneller Verstärkung durch regelmäßige Sitzungen, einen Nationalen Sicherheitsberater und ein NSR-Sekretariat mit variablen Elementen trägt er zunächst den gestiegenen Anforderungen an eine proaktive gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge Rechnung.

Zum einen, was das institutionelle Design für eine oberste deutsche Sicherheitsbehörde betrifft: Moritz hält die Vorbereitung der Sitzungen des im Bundeskanzleramt tagenden Rates durch eine externe, rund um die Uhr arbeitende Analyseeinheit mit flexibel einsetzbaren Experten-Clustern für unabdingbar. Hier gelte es vor allem, die IT-gestützte Auswertung großer Datenmengen und die Szenarentwicklung mit Kenntnissen und Erfahrungen weniger handverlesener Fachreferentinnen und -referenten zu verbinden. In Großschadenslagen soll der NSR zudem als Krisenstab mit Durchgriffs- und Entscheidungsrechten fungieren. Zum anderen erschöpfen sich, anders als im Entschließungsantrag des Bundesrates, die Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrates nicht in der Koordinierung von Außen- und Sicherheitspolitik, sondern umfassen auch innenpolitische Fragestellungen. Stets unter Wahrung des Ressort- und Föderalismusprinzips.

Insgesamt erfüllt der progressive Nationale Sicherheitsrat nach dem Moritzschen Modell die Funktionen, die auch internationale Pendanten kennzeichnen: Erstellung eines umfassenden Lagebildes, zentrale Analyse und Koordinierung des Krisenmanagements sowie Erarbeitung langfristiger strategischer Konzepte und Notfallpläne. Von einem erweiterten Bundessicherheitsrat ließe sich das nicht gewährleisten.

Jetzt ist, was nicht sein durfte

Fall X ist eingetreten. Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat zur Tatsache gemacht, was nicht sein durfte und was nach Jahrzehnten des Friedens in Europa für unmöglich gehalten wurde. Hypothetisches Denken und militärische Planspiele haben sich über Nacht in traurige Gewissheit verwandelt. Zeit für die Erstellung einer langfristig abgestimmten Nationalen Sicherheitsstrategie bleibt Deutschland damit vorerst nicht. Zu drängend sind die Aufgaben, die sich aus der Ankunft ukrainischer Flüchtlinge, der Lageänderung für die Bundeswehr und im Nordatlantischen Bündnis ergeben.

Die zitierte Bundesratsentschließung weist zwar in die richtige Richtung, greift dabei aber zu kurz. Sie vermittelt den Eindruck, eher eine der Not geschuldete Minimallösung als eine strategisch weitblickende Strukturanpassung anzustoßen. Der großangelegte Angriff auf die europäische Friedensordnung ist da, der nötige ‚große Wurf‘, der, wie es der Titel des Antragstextes irreführend verheißt, die „Sicherheitsarchitektur reformieren“ soll, leider noch nicht. Dabei wäre dieser nicht zuletzt für die Gestaltung einer künftigen, von Vertrauen und Umsicht geprägten Nachkriegsordnung wichtiger denn je.

Eine Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die europäische Ebene – mit oder ohne einen Europäischen Sicherheitsrat – wird Deutschland jedenfalls nicht ersparen können, seine sicherheitspolitischen Hausaufgaben selbst zu machen. Müßig bleibt indes die Frage, ob die Mechanismen der Krisenfrüherkennung objektiv versagt haben oder niemand eingestehen wollte, was – wenn auch nur subjektiv – nicht sein konnte. Strategische Vorausschau muss in Deutschland zum Tagesgeschäft und mit so geringem bürokratischem Aufwand wie möglich umgesetzt werden. Mit einem bestmöglich ausgestalteten, handlungsfähigen Nationalen Sicherheitsrat, der diesen Namen tatsächlich verdient. Denn, wie es auch bereits die Maxime der Beschaffungsvorgänge der letzten Wochen zu sein scheint: Wenn nicht jetzt, wann dann?

Auch Angela Merkel forderte am 13.11.2018 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, „einen europäischen Sicherheitsrat mit wechselnden, rotierenden Besetzungen der Mitgliedstaaten ein(zu)richten, in dem wichtige Beschlüsse schneller vorbereitet werden können.“



Das Märchen vom genialen Feldherrn

Ein Kommentar zur Situation Russlands von Brigadegeneral a.D.
Manfred Opel

Lange andauernde Eroberungskriege sind – zumindest aus der Sicht des Angreifers – schlechte Kriege. Das, was der Aggressor „erobert“ möchte, wird dabei fortwährend beschädigt, im Wert gemindert oder gar zerstört. Die eigene Kampfkraft, die Motivation der eigenen Truppe und der sie unterstützenden Bevölkerung sowie die eigene nachhaltige Logistik des Angreifers werden mit zunehmender Dauer eines Konfliktes ebenfalls massiv geschwächt. Das vom Angreifer angestrebte Image eines „genialen Feldherrn“ wird vernichtet und keine Propaganda der Welt vermag das zu ändern. Es gibt unzählige Beispiele, auch aus den sog. „modernen Kriegen“, die diese Mechanik des Krieges zweifelsfrei belegen.



Der Autor Manfred Opel

Wladimir Putin hat sich selbst eine Falle gestellt und ist sehenden Auges hineingetappt. Ein guter Strategie ist er ganz offensichtlich nicht.

Russland wird politisch, militärisch und wirtschaftlich deutlich geschwächt aus Putins Ukraine-Abenteuer hervorgehen. Das ist eine unumstößliche Tatsache. Dabei ist es vollkommen unerheblich, wie ein Friedensschluss bezüglich der Ukraine am Ende aussieht. Russland wird sich mehr als geplant verausgabt haben und es wird an den Folgen seines Überfalls auf das Nachbarland sehr lange und massiv leiden. Vor allem aber: Seine politischen Optionen werden wegbrechen. Denn alle Freunde Russlands müssen in Zukunft permanent befürchten, mit Krieg überzogen zu werden, wenn es den Mächtigen im Kreml so gefällt. Dieses Risiko wird kaum jemand klaren Verstandes eingehen wollen.

Der russische Generalstab und auch das angesehene Strategische Institut in Moskau hatten ihn gewarnt. Aber anders, als z.B. Friedrich der Große, der Widerspruch von seinen „Stabsoffizieren“ geradezu einforderte, unterdrückt Putin jede Gegenmeinung. Das wird auch sein Untergang sein.

Am Ende steht ein unkluger Angreifer, wie Putin, immer geschwächt da und auch jedwede Eroberung ist dann kaum noch etwas wert. Angreifer sind zwar meist geübt in Rabulistik und verschleiender Propaganda, doch das alles ändert nichts an den Realitäten. Doch die Realitäten bestimmen das Leben, nicht „geschmeidige Worte“. Putin ist kein Strategie, er ist ein Spieler – und sein Einsatz ist das Schicksal Russlands.

Die Zukunft ist der Bereich der Ungewissheit

Viel wurde geschrieben über den jämmerlich geplanten und durchgeführten militärischen Angriff Putins auf den nicht besonders reichen und deutlich kleineren Nachbarn. Die Ukraine wehrt sich auch noch nach einigen Wochen permanenter Angriffshandlungen erfolgreich gegen den umfassend vorbereiteten, massiven militärischen Angriff der Ex-Supermacht Russland. Kaum jemand hat der Ukraine eine derartige Abwehrkraft zugetraut. Immerhin ist Russland der Ukraine in formaler Hinsicht um das Vielfache überlegen.

Im Gegensatz zu Wladimir Putin legte der „Alte Fritz“ großen Wert auf die ehrliche Meinung seiner Offiziere, was ihm unter diesen großen Respekt verschaffte.



Nahezu sämtliche sog. Experten, die sich in den Medien tummeln, hatten das nicht vorhergesehen. Auch das entschlossene, wohlüberlegte Handeln der Bundesregierung sowie der gesamten EU und der NATO hat noch zu Beginn des Jahres 2022 kaum jemand für möglich gehalten.

Alles das zusammengenommen ist ein weiteres Zeichen dafür, dass auch in einem modernen Krieg der auf dem eigenen Gebiet Angegriffene grundsätzlich der Überlegene ist. Insofern schreibt Putin unwillkürlich die Militärgeschichte des Niedergangs von Russland.

Es gibt einige wichtige Bedingungen, die für einen Verteidiger gelten, die man zweifellos an den Militärakademien in Zukunft lehren wird. Insbesondere die zuständigen Militärpolitiker, bei denen ja in der Regel keinerlei entsprechende Vorkenntnisse bestehen, wären gut beraten, sich mit den modernen Grundsätzen der Militärstrategie zu befassen.

Das Reiterstandbild des Zaren Peter in Wladimir Putins Geburtsstadt St. Petersburg. Der Präsident wird jedoch aller Voraussicht nach keinerlei Denkmäler errichtet bekommen.



© Alex (Florstein) Fedorov, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Friedensordnung

So sonderbar es auch klingen mag, aber der Ukrainekrieg stärkt die Friedensordnung in Europa und in der Welt. Vor allem die Mittelmächte und auch kleinere Staaten haben erkannt, dass sie den Zusicherungen der „Großen“ und auch der anderen überlegenen Nachbarn nicht mehr trauen können, es sei denn, man ist in ein mächtiges und demokratisch fundiertes Bündnis eingebunden.

Heute bereits kann man erkennen, dass die Europäische Union und auch die vielfach totgesagte NATO massenhaften Zulauf erhalten. Das hat seinen Grund.

And the winner is: China.

Es ist erstaunlich, wie einfältig Putins Eroberungsstrategie ist. China will seit vielen Jahren zu den USA aufschließen, so des chinesischen Präsidenten Xi's „Großer Plan“. Russland lässt man dabei bewusst an der Seite liegen. Es spielt hierbei einfach keine Rolle.

China braucht das russische Riesenreich, das 11 Zeitzonen umfasst, als Rohstofflieferant, als Brücke nach Europa und als Reserveterritorium im zentralasiatischen sowie pazifischen und im Nordmeer-Raum – mehr auch nicht. Putin ist offensichtlich unfähig, das zu erkennen.

In China liegt die Führung des Landes ausschließlich bei der Kommunistischen Partei. Lediglich sieben der Mitglieder des Politbüros bilden die eigentliche politische Führung, den Ständigen Ausschuss des Zentralkomitees.

Interessant ist, dass kein Militär diesem obersten Führungsgremium Chinas angehört. Allein der Präsident der Volksrepublik nimmt dabei als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission die militärischen Interessen wahr.

Putin hat offenbar nicht erkannt, dass das langfristige und strategische chinesische Projekt „Neue Seidenstraße“ nichts anderes ist, als das Überziehen des gesamten Globus mit Transportwegen für Güter aus und nach China.

Würde Russland sich weigern, als Transitland für chinesische Waren und Menschen zu fungieren, wäre das nichts weniger, als eine Handels-Kriegserklärung an China, das etwas Derartiges keinesfalls hinnehmen würde.

Auf der anderen Seite ist Putin kein guter Kunde für China. Die chinesischen Key-Accounts befinden sich in Europa und in den USA. Für ungestörte Transaktionen mit diesen braucht China überall ungefährdeten Transit. Russland ist für China in erster Linie ein Lieferant, dessen Rohstoffe im Austausch primär mit chinesischen Waren bezahlt werden. Es ist also mehr als wahrscheinlich, dass sich China in der Ukraine-Frage nur scheinbar auf die Seite Putins schlägt, um von ihm umfangreiche Zusagen bezüglich der eigenen Rohstoff- und Spezialinteressen erhalten zu können. Den Rest wird China in seiner bewährten Zermürbungstaktik von Putin einfordern und auch bekommen.

Der hauptsächliche Grund für ein solches Vorgehen ist die chinesische Langfriststrategie: China will sich einen eigenen Weg nach Europa schaffen.

Es ist sicher kein Zufall, dass die derzeit 25 Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas (KLPCh) überwiegend praktische internationale Erfahrung haben. Man kann also erwarten, dass China von Russland erhebliche, unkündbare Zusagen für seine Unterstützung in der Ukraine-Frage einfordern wird. Und Wladimir hat keine Wahl: Er muss das alles akzeptieren, will er China wenigstens formal für einige Zeit an seiner Seite haben. Doch das ist eine politische Chimäre.

Der große Plan

Was also bleibt übrig von Putins großem Plan?

Er wird die globale Bedeutung Russlands weitgehend marginalisieren und schließlich China in seiner weltweiten Bedeutung irreversibel an die Seite der USA emporheben.

Auch die Europäer haben noch immer eine reale Chance zur Einheit und in der Folge zur Weltmacht aufzusteigen, wenn denn die Individualisten in den Mitgliedstaaten der EU die Kraft finden, der Einheit Vorrang zu geben vor ihren kleinlichen nationalen Interessen. Der Ukraine-Konflikt könnte so den Anstoß dazu geben, dass Europa nach mehr als fast zweitausend Jahren wieder zusammenfindet zu jener Einheit, die ursprünglich vom Römischen Reich ausging.

Das wäre der Geschichte der USA nicht unähnlich. Auch dort haben die Einzelstaaten zum Teil erst nach langen politischen Auseinandersetzungen und sogar nach einem lange andauernden Bürgerkrieg zur Einheit zusammengefunden. Heute kann sich niemand mehr vorstellen, dass die USA wieder zerbrechen könnten.

Was dabei aber absolut sicher ist: Der Krieg Putins gegen die heute wirtschaftlich relativ unbedeutende Ukraine wird die Gesellschaft in Russland unumkehrbar verändern und die Wirtschaftskraft Russlands wird – unbeschadet seiner ungeheuren Rohstoffvorräte – massiv leiden.

China jedoch lässt sich nicht betrügen – niemals. Putin hat so eine Zwickmühle gebastelt, aus der er und alle Nachfolgeregierungen Russlands sich nicht mehr werden befreien können.

Man wird mehr Stühle brauchen: Durch die Aggression Russlands in der Ukraine wird die NATO beliebter denn je.



Der Preis für die Unterstützung von Putins Politik durch China ist gewaltig:

1. Der langfristige Transfer von rund der Hälfte des noch bestehenden Rohstoffreichtums Russlands zu „bevorzugten Konditionen“ nach China.
2. Die bedingungslose Unterstützung von Chinas internationaler Politik.
3. Sonderkonditionen und Mindestmengen bei der Abnahme chinesischer Produkte.
4. Der (zumeist kostenlose) Transfer russischen Spezialwissens im Militärwesen, der Luft- und Raumfahrt, dem Bau von Kernwaffen und anderer Hochtechnologie nach China.

Doch Putin hat keine Wahl, er sitzt zwischen allen Stühlen. Das ist die Folge seiner „Regierungskunst“. Er muss jetzt die Unterwerfungsbedingungen Chinas akzeptieren, will er nicht sofort untergehen. Denn China kann auch anders.

Das wäre nicht das erste Mal. Die Enthaltung Chinas bei der Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Verurteilung von Russlands Überfall auf die Ukraine war ein massives Signal dafür. Spätestens damit wurde Putins diplomatische Qualität entlarvt.

Hätte der russische Feldherr das frühere großzügige strategische Kooperationsangebot der EU rechtzeitig angenommen, ginge es den Menschen in Russland heute viel besser. Jetzt ist es allerdings fast schon zu spät dafür. Doch Putin ist nicht der Mensch, der einen Fehler zugeben kann – in seinem Verständnis ist er der „ewige Sieger“. Doch die Geschichte wird ein anderes Urteil über ihn fällen. Verscherbelt Putin Russland jetzt an China, wird ihn die Geschichte vernichten. Doch auch das hilft den Menschen in Russland nicht.



Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Er ist darüber hinaus Gründungsmitglied der deutsch-russischen Wirtschaftsallianz in Berlin. Im Deutschen Bundestag war er u.a. Mitglied des Finanz- und des Verteidigungsausschusses. Heute ist er u.a. international als Unternehmer, Berater und Autor tätig. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftungen: Peter Daniel Kromberg

Der Zeitpunkt der Entscheidung ist oft von entscheidender Bedeutung

Kommentar von Andreas Hubert, Präsident Forum der Militärischen Luftfahrt e.V. (FML), zur Beschaffung der F-35 und spezialisierter Eurofighter

Mit der durch Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und dem Inspekteur der Luftwaffe Ingo Gerhartz verkündeten Entscheidung für die Beschaffung von 35 F-35 und 15 Eurofightern für den elektronischen Kampf ist eine lange aufgeschobene Entscheidung getroffen worden. Eine gute Entscheidung, die die Zusammenarbeit im NATO-Bündnis und unter europäischen Partnern verbessern und verstärken wird. Die Luftwaffen innerhalb der NATO sind traditionell sehr eng aufeinander abgestimmt, nutzen die gleichen Verfahren, sprechen die gleiche Sprache. Mit der F-35 als gemeinsam genutztes Kampfflugzeug wird die Verteidigungsfähigkeit des NATO-Bündnisses weiter erhöht.



Nicht leicht fiel es den Bundesregierungen und insbesondere der SPD, die Nachfolgeentscheidung für den Tornado als Atomwaffenträger zu treffen. Im Angesicht des durch Putin veranlassten Angriffskriegs fiel diese Entscheidung hingegen nach Zeitplan.

Doch die F-35 kann mehr, als die nukleare Teilhabe Deutschlands fortzusetzen: Ein Kampfflugzeug der 5. Generation, eines der modernsten Waffensysteme weltweit, mit hervorragender Sensorik und Bewaffnung sowie einem durchdachten Bedienkonzept, das Piloten die ungeheure Flut an Informationen zu verarbeiten hilft. Durch Form und Außenhaut ist die Sichtbarkeit des F-35-Jets gegenüber gegnerischen Radarsystemen deutlich reduziert, ein großer Vorteil für den Erfolg im Luftkampf und beim Waffeneinsatz.





„Die F-35 ist das modernste Kampfflugzeug weltweit, viele unserer europäischen Partner haben sich ebenfalls für dieses Flugzeug entschieden. ... Zusammen mit der Weiterentwicklung des Eurofighters für den Elektronischen Kampf machen wir einen wichtigen Schritt, um die Luftwaffe und damit die deutschen Streitkräfte für die Zukunft aufzustellen.“

Generalleutnant Ingo Gerhartz, Inspekteur der Deutschen Luftwaffe

Einzig bei den Mitgestaltungsmöglichkeiten wird es die Luftwaffe nicht leicht haben. Werden Anpassungen am Kampfjet erforderlich, ist immer der US-Hersteller mit von der Partie.

Um diesen Nachteil über ein anderes Waffensystem etwas aufzufangen, ist die Entscheidung für eine Bestellung von 15 Eurofightern mit einer Spezialisierung für den elektronischen Kampf gleichzeitig getroffen worden. Gerade in diesem Bereich sind besonders sensible Daten und Technologien vorhanden, bei denen die Bundeswehr mit einem nationalen Kampfflugzeug die Trümpfe in der Hand behält.

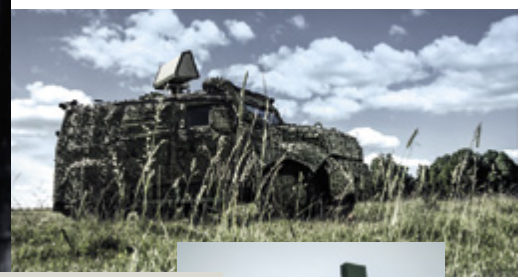
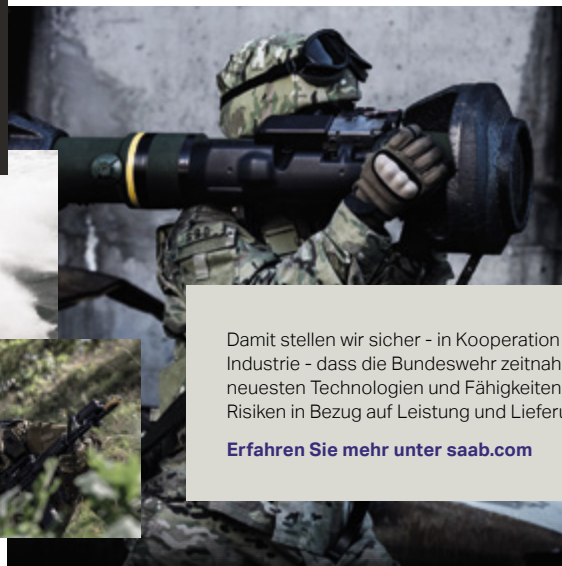
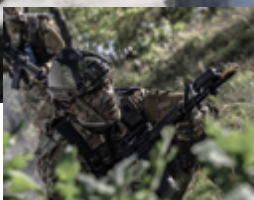
Doch hier könnten andere Stolpersteine lauern: Bisläng ist der Eurofighter „Electronic Combat“ nur auf dem Papier vorhanden, muss erst entwickelt und konzipiert werden. Es geht nur mit hochkomplexen elektronischen Bauteile der neuesten Generation, neuen Sensoren und Waffen, Störtechnik und zeitgemäßer Datenverarbeitung – und das braucht viel Zeit, viel Erfahrung und viel Geld bis zur Konstruktions- und Einsatzreife. Mit den aktuellen Strukturen beim Hersteller Airbus Defence and Space sowie mit Blick auf das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist es ungewiss, ob ein für den Kampfeinsatz bereiter Eurofighter „Electronic Combat“ rechtzeitig zur Außerdienststellung des Tornados fertig sein wird.



© Bundeswehr/Jane Schmidt

Anzeige

Technologie in Partnerschaft



Damit stellen wir sicher - in Kooperation mit der Deutschen Industrie - dass die Bundeswehr zeitnah und effizient auf die neuesten Technologien und Fähigkeiten zugreifen kann, um Risiken in Bezug auf Leistung und Lieferung zu minimieren.

Erfahren Sie mehr unter saab.com

Enforce Tac 2022 / Multifunktionaler Einsatzschlagstock

Multibridge: Brückenbauer zur hoheitlichen Gewaltanwendung

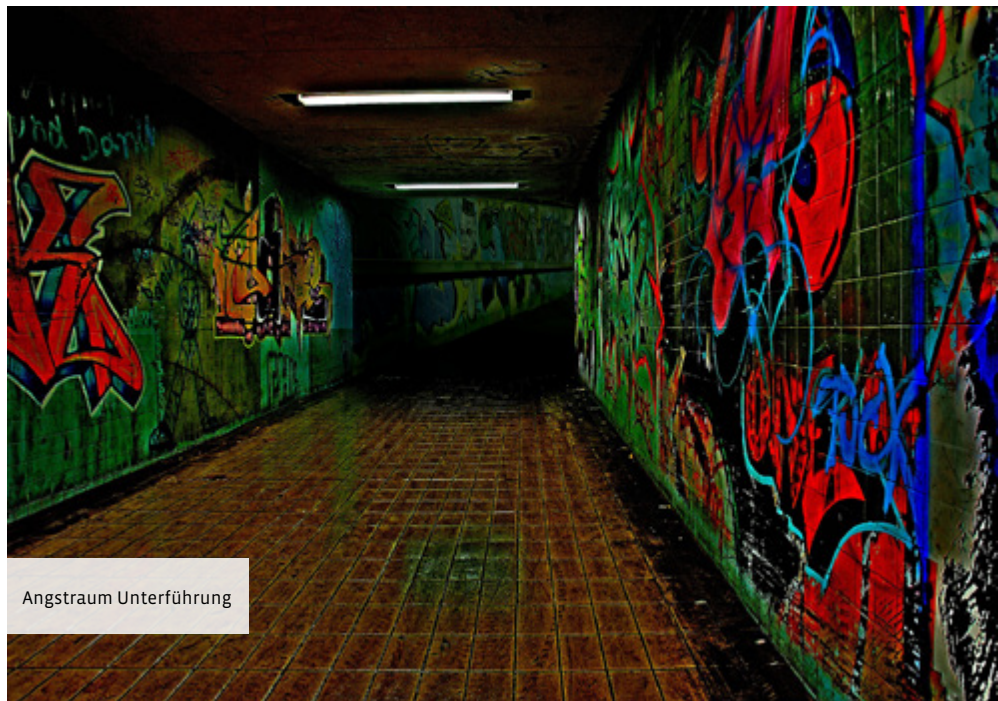
Von Diplom – Kfm. Volker Schubert, NV Hauptstadt-Korrespondent

Polizeiliche, militärpolizeiliche wie militärische Einsätze verlangen ein breit skalierbares Spektrum an Einsatzmitteln. Im Eingriffsbereich zwischen der Anwendung von einfacher körperlicher Gewalt und dem Schusswaffengebrauch sind die Hilfsmittel der körperlichen Gewalt jene Einsatzoptionen, die für den Hoheitsträger das Scharnier entlang dieser Ausgangs- und Endpunkte bilden. Reicht die rein muskulär einzusetzende Kampf- oder Selbstverteidigungstechnik nicht aus und würde der gezielte Einsatz von dienstlichen Schusswaffen in erheblichen Maße gegen das Rechtsprinzip der Verhältnismäßigkeit verstoßen, schlägt die Sekunde von Reizstoffsprüheräten, Elektroschock-Distanzwaffen und Mehrzweck Einsatzstöcken. Seit Kurzem gibt die sog. Multibridge des Ausrüstungsproduzenten Bonovi hoheitlichen Einsatzkräften ein neuartiges Kombinationsprodukt an die Hand, das Lichtmodul, Pfefferspray und Einsatzschlagstock zu einem flexibel anwendbaren, eingriffstaktischen Tool vereint.

Nürnberg. Die Enforce Tac, ein längst etabliertes Kongressformat für militärische Spezialkräfte, Polizeibeamte und Feldjäger, Zöllner sowie Grenzschrützer, erweist sich Jahr für Jahr auch als attraktiver Schauplatz für Kreatives und Innovatives, wenn es um die ständige Optimierung der Einsatz-ausrüstung hoheitsstaatlicher Exekutivkräfte geht. Im Jahr 2022 unter anderem mit einem düsteren Szenario in einem klassischen Angstrraum: Was der Imagefilm des Einsatz-ausrüsters Bonowi hier zeigte, ist in deutschen Großstädten längst tragischer Teil einer alltäglichen Bedrohungsrealität.

Öffentliche Angsträume sind gefährliche Orte

Schlecht beleuchtet und oft heillos verdreht ist er, der Verbindungsschacht, der als sogenannte Unterführung das bautechnische Brückenglied zwischen zwei oder mehreren Infrastrukturknotenpunkten herstellt. Ein gewöhnliches Tunnelgewölbe, wie man es unter anderem aus groß- und kleinstädtischen Bahnanlagen zur weiteren Verkehrsanbindung mit nur einem oder mehreren Ausgängen kennt. Gleich ob bei Frau oder Mann: Beim oftmals unumgänglichen Passieren dieser oftmals zwischen zwanzig Meter bis weit über hundert Meter langen Passagen, kommt unwillkürlich ein beklemmendes Gefühl auf. Eine als diffus empfundene Bedrohung macht sich breit. Der öffentliche Raum, das ist hier regelmäßig ein ungeschütztes Pflaster. Und so sind diese Verkehrswege nur zu häufig die Tatorte einschlägiger Raub-, Gewalt-, Sexual- und Drogendelikte. Hier tummelt sich das kriminelle Submilieu; lichtscheue Gestalten, die auch vor schwersten Gewaltdelikten gegen Menschen nicht zurückschrecken, wie die kriminalitätsphänologische Forschung aus ihren Analysen dementsprechend kriminalitätsbelasteter Orte weiß.



Angstraum Unterführung

Gewaltverbrechern keine Chance

Summa summarum betrachtet: Tunnelanlagen und Verbindungsschächte sind infolgedessen polizeibekannt Hotspots, wie die Lagebilder mit den einschlägigen Delikts- und Tatbegehungsmustern der örtlich zuständigen Polizeidienststellen immer wieder aufzeigen und kriminalstatistisch belegen. Kein Wunder also, dass solche Areale entlang der „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetze“, kurz ASOG, der Länder wie des Bundes auch als sogenannte gefährliche Orte eingestuft sind. Trotz bekannter Personalknappheit in der deutschen Polizei insgesamt, durch verstärkte polizeiliche Observation und Prävention soll der Überwachungsdruck in diesen Angsträumen erhöht werden, was anstatt zu einer nachhaltigen Ursachenbekämpfung allzu oft eher zu einem Verdrängungseffekt führt – die kriminelle Szene weicht auf andere, vergleichbar dunkle Areale aus.

Aus der Praxis für die Praxis

Und dennoch, etwa mit dem Streifendienst Verbrechensbekämpfung in zivil, meist in Kombination mit temporär verstärkter Präsenz von uniformierter Schutzpolizei, ist das gezielte Bestreifen und Überwachen dieser kriminellen Milieus häufig das einzige probate Mittel, um der Lage zumindest ansatzweise Herr zu werden. Und um unbeteiligte Dritte, die diese düsteren Passagen nutzen müssen, durch sichtbare Uniformträger bereits im Gewand polizeilicher Präventivmaßnahmen schützen zu können. Für die an gefährlichen Orten eingesetzten Beamten ist diese Streifentätigkeit ein Job, bei dem es jederzeit zu tätlichen Ad-hoc-Angriffen gegen Leib und Leben kommen kann – besonders, wenn das Gegenüber brutal und skrupellos agiert und dabei verbotene Gegenstände oder Waffen mitführt.

Hier setzt auch der Imagefilm von Bonowi an: Ein Tunnel-schacht, eine verdächtig erscheinende Person, zwei uniformierte Streifenpolizisten mit Schutzwesten, die Dienstpistolen geladen und geholstert. In knisternden Spannungssound gehüllt, schlendert eine halbvermummte Gestalt scheinbar harmlos durch die dunkle Unterführung. Mit den freundlich aber energisch bestimmten Worten: „Halt! Personenkontrolle!“ erfolgt die polizeiliche Anordnung an die unbekannte männliche Person. Mit dem eingeschalteten Lichtmodul die Multibridge schultergestützt in der rechten Hand, leuchtet der Beamte die dunkle Umgebung gezielt aus, so zunächst die Ausgangslage.



Das Einsatzmittel Multibridge wurde auf der EnforceTac 2022 vorgestellt.

Eigensicherung und Deeskalation

Doch diese Lage eskaliert in Windeseile. Das körperlich gedrungene Gegenüber greift in die rückseitige Gürtelpartie, zückt ein zweischneidiges Messer und geht den zweiten, kurzzeitig unkonzentrierten Beamten mit einem blitzschnellen Hieb gegen die Halsregion an. Die Attacke geht ins Leere, auch, weil der Beamte einen stichhemmenden Schal um den Hals trägt. Flugs Abstand zum Täter einnehmend, geht der andere Beamte in entschlossene Bereitschaftshaltung und betätigt aus dem nun gut eine Armlänge betragenden Abstand das Pfefferspraymodul mit einem präzise geführten Sprühstoß gegen die Augenpartie des Angreifers. Umgehend kampfunfähig, wird der Gewalttäter zu Boden gebracht und durch das Anlegen von Handfesseln fixiert. Dann erfolgt die Sicherheits- und Schutzdurchsuchung mit der anschließenden Verbringung des Angreifers in polizeiliches Gewahrsam.



Synergie der Funktionen: Schlagstock, Pfefferspraymodul (Handgriff-Unterteil, oben), Lichtmodul (Handgriff-Unterteil, mittig)

3-in-1-Tool bedarf der exekutiven Einsatzzerprobung

Die Multibrige mit dem „Aufsatz 3 in 1“ soll als neuartiges Einsatzmittel zur Eigensicherung und Deeskalation in den unterschiedlichsten Einsatzlagen vollkommen neue Möglichkeiten eröffnen, so der Bonowi-Trainer Nick Hein, ein ehemaliger, einsatzerfahrener Bundespolizist bei

der Livedemonstration auf dem dynamischen Display. Die Multibrige vereine die Produktvorteile der firmeneigenen Palette, zu der ohnehin schon der Einsatzstock, das Pfefferspray und die Stableuchte gehören, zu einem synergetisch verwendbaren Einsatzmittel. Der integrierte Teleskop-Schlagstock öffnete sich bei moderatem Handgelenksschwung und ist durch Gleitringe gegen unerwünschtes Zurückschnellen in die Kurzversion gesichert.

Trotz aller angepriesenen Produktvorteile: Ohne intensives Eigensicherungstraining dürfte die Multibrige nicht die versprochenen Effekte erzielen. Die als wertschöpfend beworbene, sich intuitiv entfaltende Handhabung ist definitiv gewöhnungsbedürftig, da die recht filigran gestalteten Auslöse- und Einschalthebel für das Lichtmodul wie für das Pfefferspraymodul gezielter haptischer wie taktischer Übung bedürfen – ebenso wie der situationsbedingte Wechsel zwischen Dienstpistole und Multibrige oder die lagebedingte beidhändige Bedienung beider Einsatzmittel.

Die Möglichkeiten des Einsatzmittels wurden vor Ort vorgeführt.



© Volker Schubert

Anzeige

GEBEN SIE DEM Gedanken nicht nach, eine Horde
AFFEN könnte Ihre Öffentlichkeitsarbeit machen, wenn Sie denen nur genug
ZUCKER geben.

Geben Sie ihre PR lieber in erfahrene Hände.

STUBE 318 Public Relations Services
 Tel.: +49 6421 18329-00, info@Stube318.de



STUBE 318
 PUBLIC RELATIONS SERVICES

Kiellegung von Boot 10

Letzte Korvette auf Kiel gelegt

Wolgast. Mit der heutigen Kiellegung läuft die Plattformfertigung der letzten von insgesamt fünf neuen Korvetten der Klasse 130 für die Deutsche Marine auf Hochtouren. Pandemie-bedingt erfolgte das feierliche Kiellegen auf der Peene-Werft im kleinsten Projektkreis im Beisein von Vertretern des Auftraggebers und der Patenstadt. Die neuen Korvetten (Boote 6-10) werden unter Federführung der NVL Group (ehemals: Lürssen Defence) an mehreren norddeutschen Werften gefertigt.

„Mit dem Eintritt in die Bauphase der letzten Korvette Anfang Februar und der heutigen Kiellegung haben alle am Projekt beteiligten Teams bewiesen, die hohe Taktung bei der Fertigung der fünf Plattformen trotz Pandemie-bedingt erschwelter Bedingungen erfolgreich umzusetzen“, sagte Tim Wagner, CEO der NVL Group.

Parallel zur Kiellegung des Hinterschiffes am Wolgaster NVL-Standort erfolgt auf der Kieler Werft der German Naval Yards die Fertigung des letzten Vorschiffes. Vor- und Hinterschiff werden anschließend zum Zusammenschluss zum Hamburger NVL-Standort Blohm+Voss verholt. In Hamburg werden die rund 89 Meter langen Korvetten zudem in Betrieb genommen und durchlaufen von dort aus ihre Funktionsüberprüfungen und Abnahmen in Abstimmung mit den Fachabteilungen des öffentlichen Auftraggebers und der Deutschen Marine. Aktuell befinden sich die Boote 6, 7 und 8 in unterschiedlichen Stadien der Endausrüstung, Boot 9 in der Fertigungsphase.



Die Korvetten der Klasse K130 – hier die „Ludwigshafen am Rhein“ – gehören zu den modernsten Einheiten der Marine.

Der am 12. September 2017 durch das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) erteilte Bauauftrag umfasst fünf zusätzliche Korvetten der Klasse 130. Die ersten fünf Einheiten befinden sich seit 2008 im Dienst und werden erfolgreich bei internationalen Bündniseinsätzen, etwa im Rahmen der UN-Mission im Libanon (UNIFIL), eingesetzt. Die Boote 6-10 werden durch die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) K130, bestehend aus der federführenden NVL Group, thyssenkrupp Marine Systems und German Naval Yards Kiel, geliefert.

Der Vertrag umfasst neben den Konstruktionsleistungen, der Fertigung, der Integration aller Systeme, Geräte und Anlagen, die Gestaltung der Land- und Ausbildungsanlagen. Auch umfassende Logistik- und Servicedienstleistungen, darunter etwa die technische Dokumentation oder die Ausbildung der späteren Besatzungsmitglieder im Umgang mit dem Boot und dessen Komponenten, sind Vertragsbestandteil.

Am Projekt beteiligt ist eine Vielzahl von Zulieferunternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Konstruktionsleistungen erfolgten bereits an den NVL-Standorten in Bremen, Hamburg und Wolgast sowie an den thyssenkrupp-Standorten in Emden und Hamburg.

Text und Bild: NVL

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

